



DIE ZEIT



Nr. 49 1. Dezember 1978

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT · HANDEL UND KULTUR

33. Jahrgang. Preis 2,50 DM C 7451 C

Streik wider Sinn und besseres Wissen

Arbeitskampf in der Stahlindustrie hilft kein Problem lösen / Von Michael Jungblut

Ein halbes Jahrhundert lang herrschte in der deutschen Stahlindustrie Arbeitsfrieden. Jetzt, ausgerechnet in einer Zeit, in der sich die Wirtschaft endlich aus der zähesten Krise der Nachkriegszeit herausarbeiten scheint, finden in einer Schlüsselindustrie soziale Auseinandersetzungen statt, deren drohende Eskalation unkalkulierbare wirtschaftliche und politische Folgen haben kann. Was steckt dahinter?

Vordergründig geht es vor allem um den „Einstieg in die 35-Stunden-Woche“. Die IG-Metall will ihn in der Stahlindustrie erzwingen, weil sich angeblich nur so bedrohte Arbeitsplätze retten lassen. Die Arbeitgeber behaupten das Gegenteil; sie boten zum Schluß sechs Wochen Urlaub für alle.

Wer sich nicht in Spitzfindigkeiten ergehen will, dem wird es schwerfallen, den fundamentalen Unterschied zwischen diesen beiden Positionen zu erkennen. Da auch die Gewerkschaft die gekürzten Wochenstunden zu zusätzlichen

ten ist es daher ein schöner „Zufall“, daß der Dienstag dieser Woche sowohl der erste Streiktag in der Stahlindustrie als auch der erste Verhandlungstag vor den Schranken des Verfassungsgerichts war.

Freilich denken auch die Stahlarbeitgeber nicht nur an ihre in langen Krisenjahren fadenscheinig gewordenen Bilanzen und an die organisatorischen Probleme, wenn sie Verhandlungen über eine kürzere Wochenarbeitszeit stur zurückweisen. Auch hier gilt: Der Unterschied zwischen mehr Urlaub und mehr freien Tagen kann Kraftakte wie Streik und Aussperrung schwerlich rechtfertigen. Die Verhärtung, die bei einigen großen Gewerkschaften zu beklagen ist, findet bei den Unternehmerorganisationen durchaus ihr Spiegelbild. Auch den Stahlbossen geht es ums Prinzip. Und dieses Prinzip hat die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände in Köln beschlossen; sie scheint Starrheit schon für eine Strategie zu halten. Für Lösungen, die für einzelne Branchen, Unternehmen oder Arbeitnehmergruppen maßgeschneidert sind, ist in den Kontraktionskonzepten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfunktionäre kein Platz.

Streik sei kein nationales Unglück, heißt es stets beruhigend, wenn in der Bundesrepublik der soziale Frieden bedroht ist. Doch diese Behauptung wird nicht dadurch richtiger, daß sie ständig wiederholt wird.

Vergiftung des Klimas

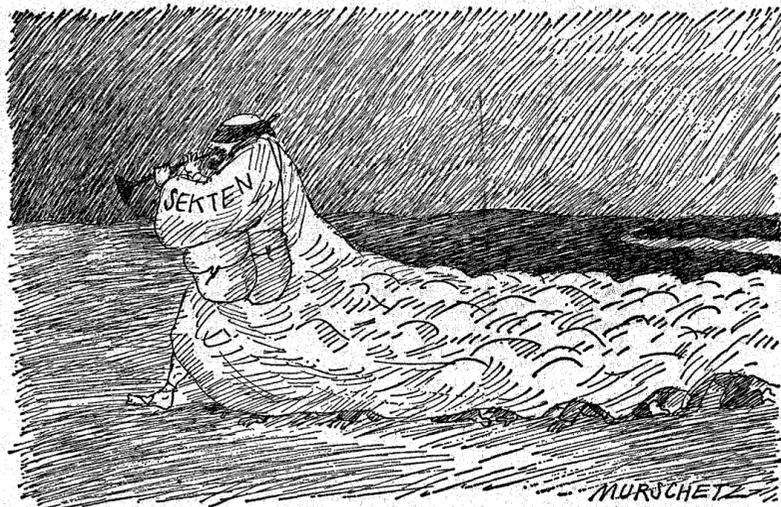
Streik und Aussperrung, die aus so fragwürdigen Gründen vom Zaun gebrochen werden, wie der Arbeitskampf in der Stahlindustrie, sind allem ein Unglück. Streiks in einem hochentwickelten Land sind aber auch deshalb ein Unglück, weil stets ein hoher Preis dafür bezahlt werden muß, wenn die Spitzenvertreter gesellschaftlicher Gruppen sich wieder einmal als unfähig oder unwillig erweisen, am Verhandlungstisch zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen — obwohl ja von vornherein feststeht, daß sie schließlich doch eine Lösung finden müssen. Aber offenbar sind die organisierten Arbeitnehmer und Unternehmer für eine solche Erkenntnis noch nicht reif. Sie verlangen von ihren Vertretern am Verhandlungstisch immer noch ein ausreichendes Maß an Imponiergehabe, rituellen Beschwörungen und zerschlagenem Porzellan, ehe sie bereit sind, den ohnehin unvermeidlichen Kompromiß zwischen den widerstreitenden Interessen zu akzeptieren.

Ein Unglück ist dieser Streik und die von den ihn begleitenden Tiraden ausgehende Vergiftung des sozialen Klimas aber auch, weil heute zum erstenmal seit vier Jahren wirklich eine Chance besteht, aus der lähmenden Wirtschaftslaute herauszukommen: Der Dollarkurs hat sich (vorerst) stabilisiert, die Inflationsrate hat mit 2,1 Prozent eine Traummarke erreicht, die Nachfrage nach Investitionsgütern hat sich deutlich belebt, und selbst die Arbeitslosenzahl von 902 000 ist für diese Jahreszeit verhältnismäßig günstig.

Eine „optimistische Stimmung“ in der Wirtschaft hat daher nicht nur die Bundesregierung beobachtet. Auch die Konjunkturforschungsinstitute und der Sachverständigenrat teilen diese Einschätzung. Die „fünf Weisen“ haben aber gewiß recht, wenn sie zögern, die Entwicklung in den letzten Monaten zur Grundlage ihrer Prognose für 1979 zu machen. Die Erfahrung hat gezeigt, wie leicht sich aufkeimender Optimismus wieder verschlucken läßt — vor allem durch rücksichtslose Verteilungskämpfe. Die Sorge der Professoren, daß sich „die Lohnpolitik nach wie vor schwertut, den beschäftigungspolitischen Erfordernissen Rechnung zu tragen“, ist durch die Ereignisse in der Stahlindustrie leider sehr rasch bestätigt worden.

Den Grund dafür, daß sich die Gewerkschaften schwertun, die Folgen ihrer Forderungen für die Arbeitsplätze zu berücksichtigen, hat der Vorsitzende des Sachverständigenrates, Professor Olaf Sievert, kürzlich in einer glänzenden Rede vor dem Verein für Socialpolitik genannt. Es ist der Zwang, unter dem Druck der auf hohe Löhne erpichten (beschäftigten) Mitglieder ihre Macht im Verteilungskampf voll auszuspielen — auch wider besseres Wissen. „Die Gewerkschaften haben die Unternehmer so sehr mit dem Rücken an der Wand, wie sie es nie hätten wünschen dürfen. Ich sehe keinen Ausweg, es sei denn, sie lassen freiwillig von ihnen ab.“

Dies allerdings erscheint angesichts der zunehmenden Ideologisierung des Verteilungskampfes recht unwahrscheinlich. Und daher ist es auch recht unwahrscheinlich, daß die Gewerkschaften der Wirtschaft genügend Luft lassen, im kommenden Jahr aus dem Krisental herauszuklettern. Wieder werden langfristige Wachstumschancen kurzfristigen Vorteilen geopfert. Der unsinnige Streik in der Stahlindustrie, mit dem die neue Lohnrunde eingeläutet wurde, läßt jedenfalls vorerst keinen anderen Schluß zu.



Der Erleuchtung entgegen

Nur ein Fall Wust

Ein Rücktritt, keine Bundeswehrkrise / Von Theo Sommer

Das Rücktrittsgesuch des Generalinspektors Harald Wust ist ein Eingeständnis persönlichen Scheiterns, nicht das Zeichen einer tiefgreifenden Krise der Bundeswehr. Auf überraschende Weise korrigiert der oberste westdeutsche Offizier damit zwei Fehlentscheidungen: die Georg Lebers, der ihn vor zwei Jahren auf seinen Posten setzte; und jene Hans Apels, der bei seinem eigenen Amtsantritt im Februar Wust wider vielfältigen Ratschlag an der Bundeswehrspitze beließ.

Politische Bedeutung kommt der Demission nicht zu. Der Generalinspekteur stand auf niemandes Abschußliste. Die ungelungen, ungelungen Angriffe der SPD-Verteidigungsexperten Ahlers und Buchstaller mochten ihn ärgern, aber er wußte, daß der Verteidigungsminister wie der Bundeskanzler beschlossen hatten, ihn trotzdem zu halten. Ohnedies konnte er sich nach langen Gesprächen mit Apel über die bevorstehende Bundestagsdebatte zum Spionagefall Lutze/Weigel gewiß sein, daß unbeschadet aller Versäumnisse der militärischen Führung personelle Konsequenzen nicht mehr gezogen werden sollten. Von einem sozialdemokratischen Kesseltreiben gegen Wust kann also nicht die Rede sein; um so weniger, als ja auch den Verteidigungspolitikern der Opposition Kritik an seiner Amtsführung keineswegs fremd gewesen ist.

Tatsache ist, daß General Wust auf seinem Posten von vornherein überfordert war. Ein Luftwaffenmann in einer Armee, deren Gros das Heer ausmacht; ein Fernmeldetechniker auch noch, kein Flieger; ein Technokrat obendrein, der Datenverarbeitung mit Planung verwechselte; ein Truppenführer schließlich ohne Truppenführung und ein Bündnis-General ohne vorangegangene Nato-Verwendung — das wären selbst für einen umgänglicheren Offizier schwere Handikaps gewesen. Doch umgänglich war er gerade nicht, vielmehr in einen ständigen Grabenkrieg mit den Inspektoren, den Staatssekretären und den Generalen verwickelt. Und er setzte keine klaren Akzente. In der Streitkräfteplanung mit den Schwerpunkten Wehrstruktur und Heeresstruktur wurde das besonders augenfällig. Fatal war es im militärpolitischen und militärstrategischen Bereich; da blendete sich die Hardthöhle unter Wusts Führung fast völlig aus einer Diskussion aus, die angesichts der neuen Waffenentwicklungen in Ost und West unter dem Ge-

sichtspunkt der Rüstungsplanung wie der Rüstungskontrolle immer dringlicher geworden ist.

Hinzu kam, daß der Generalinspekteur in seinem eigenen Führungsstab wenig Durchblick und noch weniger Durchgriff bewies. Das wurde in der Lutze-Affäre offenkundig, die er von Anfang an mit unverständlicher Lässigkeit behandelte. Er verkannte die Tragweite des Vorgangs; so versäumte er, für eine konsequente Aufarbeitung zu sorgen. Der Lutze-Ausschuß hat ihm dies im einvernehmlichen Teil seines Berichtes unachtsichtig ins Stammbuch geschrieben. Wust sei von Anfang an über die Schwere des Verratsfalles im Bilde gewesen, heißt es da, er habe aber zu keiner Zeit von sich aus veranlaßt, die dringend erforderlichen Maßnahmen zur Bewertung und Minderung des militärischen Schadens einzuleiten. Im normalen Leben heißt so etwas Untauglichkeitszeugnis.

Hat ihn dies beschwert, weil es seine Autorität weiter untergraben mußte? Dann hätte es dem General freigestanden zu erklären, er glaube sich persönlich von dem Bericht nicht getroffen, fühle sich aber dennoch verantwortlich und erbitte daher seinen Abschied. Statt dessen zückte er am Dienstag aus heiterem Himmel sein Rücktrittsgesuch (Apel: „Ich bin wie vom Stuhl gehauen“). Die sechs Punkte, die er zur Begründung seines Schrittes anführte, sind allesamt von der Art, daß sie entweder kleinkariert wirken oder aber aus den Akten entkräftet werden können. Ein Ruch von Illoyalität haftet dem Vorgang an, der schon an Wusts Selbstverteidigung in der Leber-Krise peinlich auffiel. Ein besserer Abgang wäre dem Bundeswehrchef zu gönnen gewesen — und der Armee auch.

Der Generalinspekteur versteht ein schwieriges Amt. Er muß Truppenführer sein und Strategie, Bündnisdiplomatie und Bürokratie, Anwalt der Streitkräfte und Interpret der Sicherheitspolitik. Er soll Ideen mobilisieren, sich nach der Etat-Decke strecken, die Erregbarkeit der Armee teils nutzen, teils dämpfen. Bei alledem darf er nicht mit dem Kopf durch die Wand wollen, sondern muß sich der zivilen Gewalt unterordnen — in jedem politischen Umfeld; und es wird ihm gegenüber dem verantwortlichen Minister überdies auch noch ein hohes Maß an Loyalität abverlangt. Nicht jedem ist solch eine Bündelung von Talenten gegeben. In einer modernen Armee sind sie gleichwohl vonnöten. Mit dem Marschallstab im Tornister ist es nicht mehr getan.

Polizei und Perser

An Krawall im Frankfurter Westend hat man sich in den letzten Jahren gewöhnt. Doch nie war das Erschrecken der Bürger so groß wie nach den blutigen Ausschreitungen am vergangenen Wochenende: Polizisten in Todesangst, ein Kripochef beinahe gelyncht, dreihundert Beamte verletzt — ist die Polizei nicht mehr Herr der Lage? Machtlos wie vor elf Jahren gegen die Jubel-, so heute gegen die Trubel-perser?

Hernach sind alle andern klüger als die Verantwortlichen. Hätte man die Demonstration der persischen und der deutschen Schah-Gegner verbieten sollen? Frankfurter Erfahrungen mit hessischen Verwaltungsgerichten schrecken eher ab; die ohnehin anreisenden deutschen Radaubröder, K-Gruppen und Spontis, hätten sich auch durch Verbote nicht abhalten lassen. Die Kundgebung auflösen? Das hätte die Lage noch unübersichtlicher gemacht. Ein Polizeiaufmarsch à la Brokdorf? Da wäre vielleicht das Gebot der Verhältnismäßigkeit mißachtet, der Haß der Gewalt erst recht entfacht worden. Wie man's auch wendet — mag die Ordnungsmacht für alle erdenklichen Fälle gerüstet sein, so haben die „Chaoten“ doch immer den Vorteil der Überraschung.

Bei alledem wird übersehen, daß die Frankfurter Polizei trotz ihrer Unterlegenheit einen taktischen Erfolg errungen hat: im amerikanischen Generalkonsulat, dem Hauptziel des Ansturms, ging keine Scheibe entzwei. Man male sich die Schlagzeilen der Weltpresse aus, wäre das Haus in Flammen aufgegangen wie jüngst die britische Botschaft in Teheran. Freilich waren viele Polizisten überfordert, weil sie für Straßenschlachten nicht ausgebildet sind. Personalisere, Spezialausbildung, Vorausinformation — da liegt, nicht bloß in Hessen, so manches im argen, was zu ändern wäre. Doch bei Vorfällen wie in Frankfurt erschallt gleich der bequeme Rat, man solle das Demonstrationsrecht verschärfen. Die Regierung Brandt/Scheel hat es seinerzeit aus guten Gründen liberalisiert. Wir brauchen nicht schon wieder neue Gesetze, sondern eine tüchtigere Polizei. KJ.

Ein mutiges Zeichen

Die Kabinette der Bundesländer debattieren dummschändlich darüber, ob sie nun 23 oder 70 oder vielleicht gar 85 Flüchtlinge aus Indochina aufnehmen sollen. Derweil sterben täglich Hunderte im südhinesischen Meer und vor den Küsten Malaysias. Allabendlich bringt uns das Fernsehen das Grauen ins Wohnzimmer. Können die Flüchtlinge nicht mehr erwarten als Zögern und Zagen im Westen? Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht hat versucht, ein Zeichen zu setzen: Er will 1000 Vietnam-Flüchtlingen Asyl gewähren. Aber statt es ihm gleichzutun, unterstellen ihm andere Landesregierungen, er sei schüchtern auf Profitorientierung aus, er übernehme sich gar. Die Quotenfischer führen das große Wort.

Einen Lichtblick gibt es bei alledem immerhin: die große Zahl privater Hilfsangebote, die jetzt in Hannover eingehen. Die Deutschen scheinen besser als die Regierenden zu wissen, was die Bundesrepublik, die viertgrößte Industrienation dieser Erde, der Welt an Humanität schuldig ist. VY.

Sieg nach acht Jahren

Die Unesco hat endlich den Staaten eine Absage erteilt, welche die Medien weltweit an die Kandare staatlicher Aufsicht nehmen wollten und das auch noch im Namen einer „Pressefreiheit“, die sie im eigenen Lande tagtäglich unterdrücken. Der ursprüngliche Entwurf der „Medienklärung“ stammte aus sowjetischer Feder; nach acht Jahren Debatte und Verwässerung war die Handschrift des Kremls immer noch erkennbar geblieben.

Zum Abschluß der 20. Generalversammlung in Paris konnte der Westen einen diplomatischen Sieg für seine vornehmsten Werte verbuchen: Ausgemerzt sind alle Passagen, die die „Pflichten“ und „Verantwortungen“ der Staaten gegenüber den Medien kodifizieren sollten; übriggeblieben sind ebenso hehre wie vage Wünsche, die niemandem wehtun. Übriggeblieben ist auch eine Verpflichtung des Westens, der Dritten Welt beim Aufbau ihrer eigenen Nachrichtenorganisationen zu helfen, damit das Quasi-Monopol der westlichen Agenturen beendet wird. Gepaart mit einer Kompromißlosigkeit, die bis an den Rand der Konfrontation ging, war dieses Angebot die richtige Antwort auf die Attacke der Totalitären: Da es keine einzige „Wahrheit“ gibt, garantiert nur die freie Auswahl zwischen möglichst vielen Einzelschicksalen die „ausgewogene und vollständige“ Berichterstattung, welche die Dritte Welt so vehement fordert. Alles in allem ein annehmbarer Handel: Das Fundament westlicher Demokratie, die Pressefreiheit, blieb unangetastet — hier gibt es keinen Kompromiß. JJ

Die Gentlemen bitten ins Moor

Gebannt starrt England auf ein Gerichtsverfahren: Jeremy Thorpe, Abgeordneter im Unterhaus und bis vor kurzem Führer der Liberalen, wird beschuldigt, zum Mord an seinem Ex-Freund Scott angestiftet zu haben. Die politischen Folgen des Prozesses sind katastrophal.

Hintergründe und Auswirkungen beschreiben John le Carré und Michael Naumann



Seiten 33-38

Feiertagen addieren will, ist der Unterschied zu mehr Urlaubstagen nicht so gewaltig, daß deshalb ein Streik vom Zaun gebrochen werden müßte. Zu allem Überfluß hat sich die IG Metall auch noch dadurch lächerlich gemacht, daß sie zur gleichen Zeit in Stuttgart fordert, was sie an der Ruhr als untauglich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ablehnt: eine Verlängerung des Urlaubs auf sechs Wochen.

Starrheit als Strategie

Untauglich zur Erhaltung von Arbeitsplätzen ist ohnehin beides. Mehr Urlaub oder kürzere Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich führen ebenso wie höhere Löhne zu steigenden Kosten. Steigende Kosten zwingen vor allem in Krisenbranchen zur Rationalisierung. Und das bedeutet unter den gegebenen Umständen Einsparung von Arbeitskraft — nicht Sicherung von Arbeitsplätzen.

Es hieß die Gewerkschaftsführer gewaltig unterschätzen, wenn ihnen unterstellt würde, daß sie dies alles nicht sehr genau wüßten. Daher drängt sich die Vermutung geradezu auf, daß sie den Streik aus ganz anderen Gründen gesucht — jähwilt: gesucht — haben. Da ist einmal der Druck, der aus den unteren Reihen der Organisation auf die Spitzenfunktionäre ausgeübt wird, die eine 35-Stunden-Woche zunächst ja gar nicht haben wollten. Auch mag die alte Rivalität zwischen dem Stuttgarter Bezirksleiter Franz Steinkühler und dem Düsseldorfer Kurt Herb eine Rolle gespielt haben. Bisher hatte es Herb immer dem ohnehin publikumswirksameren Steinkühler überlassen müssen, in der Öffentlichkeit als Speerspitze der Metaller aufzutreten. Nun wollte auch er einmal streiken. Und schließlich wird es den Funktionären schwerfallen, den Verdacht zu entkräften, sie wollten sich noch rasch ein Alibi für Karlsruhe besorgen, wo in dieser Woche über die heiß umstrittene Verfassungsklage gegen das Mitbestimmungsgesetz von 1976 verhandelt wird.

Eines der gewichtigsten Argumente, das die Arbeitgeber gegen die paritätische Mitbestimmung ins Feld führen, ist ihre Behauptung, dadurch werde die Tarifautonomie untergraben. Wie ließe sich dieses Argument besser entkräften als durch einen harten Arbeitskampf in der Montan-Industrie, für die bereits seit 1951 die paritätische Mitbestimmung gilt? Für die Gewerkschaft-

DIESE WOCHE

Politik	1-12
Politische Woche	8
Länderspiegel	13-15
Wirtschaft	17-32
ZEIT Dossier	33-38
Leserbriefe	39
Impressum	39, 50
Berufe	39-46
Fuilleton	47-59
Theater-Spielpläne	56
Kritik und Information	60
Reise	61-66
Themen der Zeit	68
Wissenschaft	73
Modernes Leben	69-76
24 Seiten Literatur-Beilage	

9/10 Die schwierige Präsidentenwahl
Rolf Zundel untersucht das Problem, das Karl Carstens für die junge Generation aufwirft

17 Viele Räder stehen still
Richard Gaul: Der Facharbeitermangel brems die Produktion

53/54 „Ich bin ein mutiger Mensch“
Benjamin Henrichs sprach mit dem scheidenden Intendanten Boy Gobert

61 Der Sturm auf die Zauberberge
Willy Bogner: Die Traumbilder vom Skilaut

magazin

Der Maler mit dem Skalpell
Petra Kipphoff porträtiert den 84-jährigen Christian Schad, den große Ausstellungen in Paris und London als Senior und Meister der deutschen Malerei entdeckten.